

Vorstellung auf der Wahlkreisversammlung zur Bundestagswahl 2017 in Hildesheim am 29.11.16

Liebe Freundinnen und Freunde,

seitdem ich erzählt habe, dass ich für den Bundestag kandidiere, wurde ich immer wieder gefragt, warum ich das tu, wenn ich doch im Landtag sitze und dort sogar mitregiere. Sicher, die Arbeit im Landtag ist hochspannend. Gerade, weil wir regieren.

Als Hochschulpolitscher Sprecher in der Fraktion und auch zuständig für Erwachsenenbildung konnte ich in eine für mich damals neue Welt eintauchen. Ich konnte ein riesiges neues Netzwerk aufbauen – bei den Hochschulen, in der Erwachsenenbildung. Und hier in Hildesheim, denn, auch wenn ich über die Liste in den Landtag kam, fühle ich mich als örtlicher Abgeordneter vor allem den Menschen und Einrichtungen hier im Landkreis verpflichtet.

Jetzt in den Bundestag zu gehen, wäre für mich ein nächster Schritt. Ich möchte all die Anregungen, die ich in den letzten Jahren mitbekommen habe, mitnehmen und in Berlin einsetzen. Nur zwei Beispiele, die ich unmittelbar aus meiner jetzigen Zuständigkeit ableite: da ist einmal die Finanzierung unserer Hochschulen. Unsere Hochschulen sind mittlerweile viel zu sehr abhängig von Drittmitteln, mit all den Folgen. Zum Beispiel die immens hohe Zahl an ausschließlich befristeter Beschäftigung. Der Hochschulpakt – die Kofinanzierung von Bund und Ländern – läuft aus und es bedarf dringend eines Signals aus Berlin, dass es hier weitergehen wird.

Flüchtlinge

Zweites Beispiel: es gibt im Bereich der Integrations- und Sprachkurse eine enge Verbindung zwischen Erwachsenenbildung und Flüchtlingspolitik. In den vergangenen zwei Jahren haben wir im Landtag und mit unserer – Grünen – Wissenschaftsministerin unglaublich viel Arbeit und vor allem Geld investieren müssen, um Versäumnisse des Bundes aufzufangen.

Zuletzt hatten wir einen Antrag im Landtag beschlossen – übrigens gegen den erbitterten Widerstand der CDU und FDP – mit dem wir die Landesregierung auffordern, beim Bund für eine Neuorganisation der Integrationskurse zu sorgen.

Statt zu tun, was zu tun ist, fordert der Bundesinnenminister mehr Integrationsbereitschaft der Geflüchteten ein. Tatsache ist aber, dass die Hürden seiner Behörde, des BAMF, zur Durchführung von Integrationskursen einschließlich der Sprachkurse so hoch sind, dass sie nicht zustande kommen.

Das ist jedenfalls das, was ich im Landkreis zu hören bekomme, wenn ich die zahlreichen Runden Tische der ehrenamtlichen Unterstützer besuche.

Mit viel Engagement haben beispielsweise die Leute in Lamspringe einen Raum gefunden, wo ein Sprachkurs angeboten werden kann. Es gibt eine Deutschlehrerin, die den Kurs durchführen würde. Und es gibt dort eine große Zahl von Geflüchteten, die Deutsch lernen wollen. Ich habe sie kennengelernt und mit ihnen gesprochen.

Dann kommt ein Inspektor des BAMF – ja, die gibt es wirklich und die heißen so! – guckt sich das Ganze an und sagt: nö, in diesem Raum und mit dieser Lehrerin dürft Ihr keinen Kurs anbieten.

Ihr könnt Euch vorstellen, wieviel Frust das erzeugt, bei allen Beteiligten. Bei den Unterstützerinnen und Unterstützern gleichermaßen wie bei den Geflüchteten.

Tatsache ist noch immer, dass es viele sog. Integrationswillige gibt – wie der Bundesinnenminister, Herr de Maiziere, sie bezeichnet – die aber keinen Kurs finden.

Die Gesetzeslage des Bundes schließt nach wie vor viele Menschen von den Integrationskursen aus, weil sie bestimmten Kriterien wie die bestimmter Herkunftsländer nicht erfüllen.

Weil die Chance für Flüchtlinge aus Afghanistan, als asylberechtigt anerkannt zu werden, nur knapp unter der geforderten Quote von 50% liegt, dürfen Menschen aus Afghanistan keine Integrationskurse oder Sprachkurse belegen, wenn sie noch im Asylverfahren sind.

Ich könnte noch so weitermachen – aber dann rege ich mich zu sehr auf. Ich finde es unglaublich, was da in Berlin passiert! Und dabei habe ich noch gar nicht von den irren Arbeitsmarktregelungen gesprochen, die dazu führen, dass die jungen Leute herumsitzen und die Zeit totschlagen – obwohl so gut wie alle arbeiten und lernen wollen! Allein: sie dürfen nicht, weil der Zugang zu Sprachkursen und Arbeitsmarktförderung noch immer an gewisse Herkunftsländer geknüpft ist.

Ihr seht also: es gibt reichlich Dinge, die in Berlin diskutiert und entschieden werden und für die ich mich gerne einsetzen will.

In meiner Bewerbung, die Jessy Euch geschickt hatte, habe ich zwei weitere Punkte angesprochen, auf die ich gerne näher eingehen möchte.

Infrastruktur

Da ist einmal die Sache mit der Infrastruktur. Kein einfaches Thema, das auch sehr sperrig sein kann. Aber, liebe Freundinnen und Freunde, es ist ein Thema, was uns in den nächsten 10 Jahren immer mehr beschäftigen wird. Unsere öffentliche Infrastruktur, die streckenweise 60 Jahre alt ist, bröckelt uns langsam unterm Hintern weg.

Unsere Schulen, unsere Krankenhäuser, Brücken, Schienen, Bahnhaltepunkte usw. usw. Das alles fällt uns bald gewaltig auf die Füße, wenn wir nicht etwas dagegen tun. Die Kommunen und die Länder können das allein gar nicht stemmen. Hier muss der Bund mit ran, das geht gar nicht anders.

Der Bund hat das im Prinzip erkannt, wir hatten das sog. „Konjunkturpaket II“. Zuletzt gab es das Kommunale Investitionprogramm KIP. Das sind Ansätze – allein, ich bin davon überzeugt, dass das nicht ausreichen wird!

Und da habe ich noch nicht einmal das ganze Thema Digitalisierung der Gesellschaft angesprochen. Von Schulen bis hin zu den kleinen Betrieben – sie alle sind auf eine Infrastruktur inklusive einer vernünftigen Breitbandversorgung angewiesen, um Schritt halten zu können.

Es muss hier viel Geld in die Hand genommen werden.

Also müssen wir uns auch Gedanken über die Einnahmen des Staates machen. Und wir landen damit unweigerlich beim Thema Vermögenssteuer. Dazu möchte ich kurz meinen Standpunkt darstellen.

Eine Vermögenssteuer allein schafft noch lange keine gerechte Welt, liebe Freundinnen und Freunde. Wenn unser Ziel ist, bei Wahlen mehr als die Stimmen unserer Stammwählerschaft zu ziehen, dann kann unsere Kernbotschaft nicht lauten, dass wir an das Geld von Leuten wollen, um eine gerechte Welt zu schaffen.

Andersherum wird ein Schuh daraus. Unsere Kernbotschaft muss lauten, woran es in unserer Gesellschaft fehlt, damit wir sie gerecht gestalten können. Wenn wir darüber einen gesamtgesellschaftlichen Konsens erzielt haben, dann werden die Leute auch bereit sein, hierfür Geld herzugeben.

Ich spreche von gut ausgestatteten Kitas, zum Beispiel mit einer gut ausgebildeten dritten Kraft in den Gruppen. Von gut ausgestatteten Schulen. Von einer ausreichenden Gesundheitsversorgung, auch in der Fläche. Von funktionierenden Krankenhäusern. Von geöffneten und nicht geschlossenen Schwimmbädern. Von öffentlichen Gebäuden, von Schienen, Straßen und Brücken. Von einer flächendeckenden Breitbandversorgung.

Lasst uns das in den Mittelpunkt stellen, liebe Freundinnen und Freunde. Lasst uns darüber mit den Menschen auf der Straße sprechen. Sie werden uns schon sagen, woran es fehlt und was sie brauchen. Und wir werden ihnen sagen: wir kümmern uns darum.

Erst dann, erst dann kommt die Frage nach dem wie.

Fluchtursachen

Das andere Thema, was ich in meinem Bewerbungsschreiben ansprach, ist das Thema Fluchtursachen. Ich komme damit zu einem meiner Herzensthemen.

Ich weiß, dass es nicht einfach ist, die Fluchtursachen zu beseitigen. Denn diese können sehr vielfältig und komplex sein und lassen sich selten so einfach aus der Welt schaffen, wie es oft scheint. Und leider wird der Begriff auch oft überstrapaziert und instrumentalisiert.

Ich denke hier weniger an all die Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien oder Ländern wie Afghanistan, Eritrea, Somalia oder Libyen. Dort gibt es große globale strategische Probleme, die außenpolitisch zu lösen sind, wie das Beispiel der Rolle Russlands in Syrien zeigt.

Über 60 Millionen Menschen sind derzeit weltweit auf der Flucht. Etwa 75% aller Flüchtlinge sind Frauen und Kinder. Sie fliehen nicht nur vor Krieg, sondern auch vor Hunger, vor Armut, Gewalt und Naturkatastrophen. Hinzu kommen Millionen von Menschen, die auf der Suche nach einer Arbeit zur Sicherung ihres Lebens sind.

Ein neues, wachsendes Phänomen sind Menschen, die aufgrund der Zerstörung ihrer natürlichen Lebensgrundlagen fliehen. Es gibt keine verlässlichen Zahlen, aber die UNO geht davon aus, dass jährlich über 50 Millionen Menschen vor Umweltkatastrophen fliehen. Schon heute wäre die Zahl der Umweltflüchtlinge damit größer als die Zahl der Kriegsflüchtlinge.

Diese Zahlen machen deutlich, dass es einen hohen Handlungsbedarf gibt. Wir müssen endlich ernsthaft die Ursachen dieser Fluchtbewegungen in den Herkunftsländern – nämlich Armut und Umweltzerstörung – bekämpfen.

Auf den Gipfeltreffen dieser Welt gibt es regelmäßig gut klingende Selbstverpflichtungen. ZB das Ziel, 0,7% des Nationaleinkommens für Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen – ein Ziel, von dem Deutschland mit seinen Ausgaben in Höhe von derzeit nur 0,38% noch weit entfernt ist.

Eines dürfen wir nicht vergessen: die Ursachen für Armut und Umweltzerstörung liegen in immer größerem Maße in ungerechten internationalen Handels- und Wirtschaftsbedingungen.

Wir brauchen endlich eine nachhaltig wirksame, globale Klimaschutzpolitik, eine faire Handelspolitik, die die Märkte zum Beispiel in Afrika nicht zerstört, sondern stärkt!

Angesichts einer auf stetiges Wachstum ausgerichteten Produktionsweise und einer verschärften Konkurrenz auf dem Weltmarkt nehmen der Raubbau und die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen zu.

Die Verbrennung fossiler Brennstoffe wie Kohle, Öl und Gas sind die Klimakiller schlechthin. Aber auch die zunehmende Entwaldung und die intensive Land- und Viehwirtschaft verursachen die hohe Treibhausgaskonzentration in der Erdatmosphäre, die unser Klima bedroht.

Die westlichen Industriestaaten und zunehmend auch Schwellenländer wie China, Indien und Brasilien verbrauchen vier Fünftel der weltweiten Ressourcen und verursachen 80 Prozent der klimaschädlichen Emissionen. In der Top Ten der Klima-Sünder liegt Deutschland auf Platz sechs.

Und hier kommen wir ins Spiel, liebe Freundinnen und Freunde.

Was ich Euch hiermit sagen will: alle Anstrengungen in Sachen fairer Handel und Klimaschutz tragen dazu bei, dass sich die Lebensbedingungen in Asien und Afrika verbessern können. Jeder Euro, der hier investiert wird, ist richtig eingesetzt.

Unsere, Grüne, Antwort auf diese Probleme sind keine Phantasien – sie sind konkrete Lösungsvorschläge und ich möchte meine ganze Arbeitskraft dafür einsetzen, diese zu verwirklichen!

Ihr Lieben,

ich muss mich jetzt selber ausbremsen, weil ich bei diesem Thema richtig in Fahrt kommen kann, und dazu reicht die Zeit nicht aus.

Ihr kennt mich als einen engagierten Wahlkämpfer. Mir macht es Spaß, mich auf Wahlstände zu stellen, nicht nur in Hildesheim. Egal, ob Bundestags-, Landtags- oder Kommunalwahl – wenn mein Zeitplan es zugelassen hat, war ich bei Euch, nicht nur in Hildesheim, sondern auch in Sarstedt, in Gronau, in Alfeld usw.

Ich gehe auf Leute zu, ich spreche sie an. In meiner Nachbarschaft hat mir ein junges Paar zur Kommunalwahl voller Stolz erzählt, dass sie das erste Mal Grün gewählt haben. Leute, die ich nie zu Wählerschaft zählen würde. Aber: ich rede mit ihnen, und höre zu – nicht nur im Wahlkampfzeiten – und allein das zeigt Wirkung.

Also: ich habe richtig Bock, mit Euch Wahlkampf zu machen. In einem ersten Schritt müssen wir uns alle – gemeinsam – um das Wahlprogramm Gedanken machen. Zusammen mit dem Kreisvorstand würde ich den Prozess mit begleiten.

Vielleicht können wir eine Art „Bundestagswahlprogramm-AG“ zusammensetzen, die das Ganze vorbereitet. Und dann suchen wir uns gut gesetzte Termine für eine Mitgliederversammlung aus, damit wir Programmentwürfe so diskutieren können, dass noch die Chance auf Änderungsanträge bleibt.

Lasst uns von Hildesheim aus Einfluss nehmen!

Danke!